

Liebe Freund\_innen,  
liebe Göttinger\_innen,

die Frage, die derzeit in den Medien, in der Politik und in der bundesdeutschen Gesellschaft gestellt wird ist: Wie konnte es passieren, dass ein Netzwerk von organisierten, den Polizeibehörden und dem Verfassungsschutz bekannten und gesuchten Neonazis, über Jahre hinweg anscheinend unbemerkt agieren und morden konnten. Doch diese Frage geht von der Annahme aus, dass Staat und Behörden zum Einen ahnungslos waren, was durch mehrere Recherchen bereits widerlegt werden konnte und auch die Aktenvernichtung von Seiten der Polizei und Verfassungsschutz ein weit größeres Ausmaß an Wissen vermuten lässt. Zum Anderen stellt diese Annahme die BRD als Staat und ihre ausführenden Institutionen in eine Oppositionshaltung gegenüber rassistischen und nationalistischen Strukturen. Doch der Erhalt des Staates liegt an erster Stelle, nicht der Schutz der Verfassung. Und dieser Umstand führt immer noch dazu, dass gezielt faschistische Organisationen von Seiten des Staatsschutzes aufgebaut und unterstützt werden. Was jetzt öffentlich zugegeben wird, ist das, was nicht mehr zu vertuschen ist. Anschläge, Morde und Bomben. Verantwortlich gemacht wird dafür jedoch stets eine kleine Gruppe, die weitestgehend isoliert vom Rest der Gesellschaft und ohne deren Zutun agiert. Doch damals wie heute sind staatliche Strukturen involviert, sie sind Mitwisser\_innen, Geldgeber\_innen, Unterstützer\_innen.

Während des Kalten Kriegs wurden in vielen NATO-Staaten, und insbesondere in der BRD, paramilitärische Strukturen aufgebaut. Im Falle einer sowjetischen Invasion sollten sie hinter den feindlichen Linien operieren. Sie sollten aber auch nach Innen zu Unsicherheit und Destabilisierung führen und die Sehnsucht nach einem starken Staat, wenn es sein musste auch unter Verzicht auf Rechte und Freiheiten, schüren. Der Name: Gladio oder Stay Behind. Ihre Mitglieder wurden aus militärischen Spezialeinheiten, Geheimdiensten und faschistischen Organisationen übernommen. Zahlreiche Bombenanschläge in Europa dürften auf ihr Konto gehen, z.B. der Bombenanschlag auf das Oktoberfest 1980, der Anschlag auf der Piazza Fontana in Mailand 1969 oder der Anschlag auf den Bahnhof in Bologna 1980.

Zur Verdeutlichung noch einmal betont: Alte Nazikader waren die, auf die sich die Nachkriegsregierung verlassen konnte, die gefestigte antikommunistische Haltung und den Willen zur Vernichtung und Entrechtung Andersdenkender während der Nazizeit bewiesen hatten.

Nach dem Aufdecken des NSU ging wieder ein empörter Aufschrei, wie schon im Jahr 2000, als ein Anschlag durch Neonazis in Düsseldorf die BRD „erschütterte“, durch die bundesdeutsche Gesellschaft. Aber was hat sich seitdem am rassistischen Normalzustand verändert? Weiterhin wird in der BRD auf dem Rücken von Migrant\_innen eine rassistische Politik geführt. Ob Hetze gegen Muslim\_innen oder Stimmungsmache gegen EU-BürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien wie jüngst durch Innenminister Friedrich (CDU). Im Oktober 2010 organisierte die Regierung eine rassistische Kampagne, die gegen "Integrationsverweigerer« hetzte, die forderte "wir dürfen nicht zum Sozialamt der Welt werden" und erklärte "Mulkulturi ist total gescheitert." Bereitwillig haben weite Teile der bundesdeutschen Gesellschaft mit Sarazin gegen sogenannte „Integrationsverweigerer“ gehetzt. Genau durch diese rassistische Hetze haben die Neonazis in ihrem Tun auch noch Rückendeckung.

In wirtschaftlichen Krisenzeiten wird aus Angst vor einer unsicheren Zukunft verstärkt Hass gegen Andersdenkende und vermeintlich „fremde“ Kulturen geschürt. Schuld an der sozialen Misere sollen nicht Politik und Wirtschaft, sondern „die Fremden“ in Deutschland oder „die faulen Griechen“ sein. Sie sind ein Beispiel dafür, wie Staatsrassismus als Sozialpolitik des Neoliberalismus eingesetzt wird und Nationalismus als scheinbare Sicherheit gegen die Verunsicherungen durch globale Standortkonkurrenz und Krise funktioniert.

Nachdem die BRD seit 1955 noch Tausende von Gastarbeiter\_innen zum Wiederaufbau benötigte, wollte sie die Menschen Anfang der 1980'er Jahre wieder loswerden. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft schürten in den 80'er und 90'er Jahren immer wieder Ängste vor Migrant\_innen und Flüchtlingen, um so von echten sozialen Problemen der neoliberalen Politik abzulenken. Als vor 21 Jahren Neonazis tagelang das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen mit Steinen und Molotovcocktails angriffen, klatschten Tausende von Rostocker Bürger\_innen Beifall und standen daneben, anstatt einzugreifen. Und das alles unter den Augen der Polizei. Im selben Jahr griffen Bürger\_innen in Mannheim-Schönau eine Unterkunft für Asylbewerber\_innen an. Tagelang wurden die Gebäude mit Steinen beworfen. Ein Jahr zuvor war es ebenfalls ein Mob von Bürger\_innen, der Vertragsarbeiter in Hoyerswerda angriff. Laut Aussagen eines

Bewohners des Heimes befanden sich nur wenige Neonazis unter den Angreifer\_innen. Tagtäglich kam es in dieser Zeit zu Übergriffen und Anschlägen gegenüber Migrant\_innen. Und heute noch sind Angriffe durch Neonazis trauriger Alltag.

Diese rassistischen Pogrome und Anschläge nahm die damalige CDU/FDP Bundesregierung sowie die SPD, die in der Opposition war, zum Anlass, was sie schon lange Zeit vorhatten: das Recht auf Asyl faktisch abzuschaffen. Sie wollten den „Zustrom von Ausländern stoppen“, um den vermeintlichen Frieden in der BRD wiederherzustellen.

Die neun Morde des „NSU“ sind leider „nur“ die Spitze des faschistischen Eisberges. Seit der sogenannten Wiedervereinigung sind mindestens 182 Menschen durch die Folgen rechtsextremer Gewalttaten ums Leben gekommen. Nahezu täglich kommt es bundesweit zu rassistisch motivierten Übergriffen gegen Geflüchtete, Schwarze und People of Colour. Diese Gewalt wird von Medien, Politik und Zivilgesellschaft weitestgehend ignoriert und totgeschwiegen. Und wenn sich Widerstand gegen Neonazis organisiert, wird er mithilfe von Staatsschutz und Polizei bekämpft – die Kriminalisierung von Antifaschist\_innen und Polizeigewalt auf Demonstrationen kennen wir zur Genüge.

Hinzu kommt, dass Flüchtlinge, die Schutz und Sicherheit in der BRD suchten, aufgrund der rassistischen Sondergesetze und des alltäglichen Rassismus der Gesellschaft und Behörden körperlich und seelisch zu Schaden kamen und kommen. Mittels dieser rassistisch-motivierten Gesetze werden Flüchtlinge essentielle Menschenrechte verwehrt. Ein Teil von ihnen lebt hier seit über 20 Jahre ohne Zukunft und Perspektive, da sie nur eine Duldung haben und jederzeit abgeschoben werden können. Aber auch zu staatlichen Morden kam es in den vergangenen Jahren: der Tod Oury Jallohs in einer Polizeizelle in Dessau oder der Tod eines Menschen, der während eines Abschiebefluges durch Bundespolizisten erstickt wurde. Auch für zahlreiche Suizide in Abschiebeknästen trägt der Staat aufgrund seiner menschenverachtenden Politik die Verantwortung.

Um das mörderische Zusammenspiel zwischen dem Staatsrassismus und den faschistischen Netzwerken aufzubrechen, können wir weder an den Staat appellieren, noch fordern sich zu demokratisieren. Jede Hoffnung in diesen Staat ist nicht nur eine Illusion, sondern führt mehr zu einer Systemstabilisierung und verharmlost weitere faschistische Aktivitäten. Denn es ist derselbe Staat, der mehr schlecht als recht versucht, die Verstrickung der eigenen Behörden in die Morde des NSU zu vertuschen. Und es ist derselbe Staat, der kaum die eigene Verstrickung in die Morde von Solingen und Mölln sowie die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda verdecken kann.

**Wir werden niemals den rechten Terror untätig beobachten, sondern uns den Rassist\_innen und Faschist\_innen mit entschlossenem Widerstand entgegenstellen!**

**Nazis morden – der Staat schiebt ab!**